

www.kdz.or.at

Pflege und Betreuung in Österreichs Städten

Österreichischer Städtetag 2011 – Arbeitskreis 3 St. Pölten, 26. Mai 2011 Biwald, Hochholdinger, Köfel, Gencgel, Haindl



Projektauftrag und Themen

- Erhebung Status-Quo Pflege und Betreuung in Österreichs Städten
 - Leistungsangebot
 - Qualität und Leistungsstandards
 - Betreiberstruktur
 - Personal
 - Finanzierung
- Nachfrage-, Kosten- und Personalentwicklung
- Reformoptionen



Leistungsangebot

Stationäre Einrichtungen

	Platzangebot im Bereich der stationären Pflege 2009				Pflegepersonal 2009	
	Anzahl Plätze		Versorgungsgrad			
Bundesland	Plätze gesamt	davon Kurzzeitpflege	Plätze pro 1.000 75+ Jährigen	Kurzzeitplätze pro 1.000 75+Jährigen	gesamt (VZÄ)	Personal je Pflegeplatz
Burgenland	1.916	15-30	71	1,1	776	0,41
Kärnten	4.904	25	97	0,5	1.682	0,34
Niederösterreich	10.596	62	79	0,5	5.919	0,56
Oberösterreich	12.149	276	109	2,5	4.975	0,41
Salzburg	5.204	67	136	1,8	529	0,10
Steiermark	10.841	39	102	0,4	3.499	0,32
Tirol	5.419	72	108	1,4	3.659	0,68
Vorarlberg	2.161	k.A	89	k.A	k.A.	k.A.
Wien	9.376	86	74	0,7	k.A.	k.A.
Österreich	62.566	627	93	0,9	21.039	0,41

Anmerkung: VZÄ: Vollzeitäquivalent

Quelle: Statistik Austria – Bevölkerungsregister 1.1.2010, BMASK- Österreichischer Pflegevorsorgebericht



Leistungsangebot

Teilstationäre Einrichtungen

Teilstationäre Dienste 2008 und 2009							
Bundesland	Leistungsdaten 2008	Leistungsdaten 2009	Besuchstage pro 1.000 75+ Jährigen				
Burgenland	3.272 Besuchstage	5.721 Besuchstage	211				
Kärnten	k.A.	k.A					
Niederösterreich	89 Plätze	26.048 Besuchstage	193				
Oberösterreich	151 Plätze	45.614 Besuchstage	409				
Salzburg	22.885 Besuchstage	26.048 Besuchstage	682				
Steiermark	k.A.	k.A.					
Tirol	7.000 Besuchstage	7.000 Besuchstage	139				
Vorarlberg	k.A.	k.A.					
Wien	137.887 Besuchstage	142.390 Besuchstage	1.122				

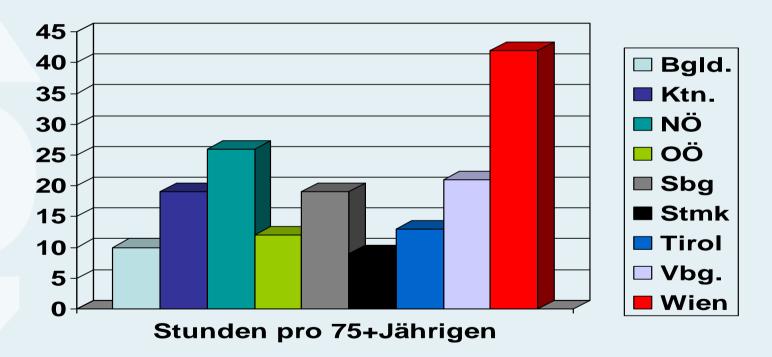
Besuchstage: Jahressumme der BesucherInnen (Anzahl der Personen) an den geöffneten Tagen.

Quelle: BMASK- Österreichischer Pflegevorsorgebericht e 2007, 2008 sowie Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2009, KDZ - eigene Berechnungen 2011.

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGS FORSCHUNG

Leistungsangebot

Mobile Dienste 2009



Quelle: BMSK- Österreichische Pflegevorsorgebericht e 2007, 2008 und 2009; Amt der Vorarlberger Landesregierung – Betreuungs- und Pflegenetz Vorarlberg 2009, KDZ - eigene Berechnungen 2011.

Vielfältige Betreiberstruktur – Bsp. Stationäre Einrichtungen



- Land als Betreiber
 - In Niederösterreich große Bedeutung
 - In Burgenland, Kärnten, Steiermark und Tirol untergeordnete Bedeutung
 - In Salzburg und Oberösterreich keine Bedeutung
- Gemeinden und Gemeindeverbände als Betreiber
 - Vor allem in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol
 - In Niederösterreich und Vorarlberg geringe Bedeutung
 - Im Burgenland keine Bedeutung
- Private und Gemeinnützige Betreiber
 - Vor allem in der Steiermark
 - Aber auch in allen anderen Bundesländern vertreten

Leistungsstandards in stationärer Betreuung



Personalschlüssel

- In den Bundesländern unterschiedlich präzise geregelt
- In der Steiermark und Kärnten besonders knapp bemessen

Qualifikationsvorgaben Personal

- Burgenland und Niederösterreich hoher Anteil Diplomiertes Personal
- Pflegeheimgröße
 - zwischen 75 und 350 Betten maximal
 - Besonders kleine Heime in Kärnten, besonders große in Wien
 - Im Durchschnitt aller Bundesländer ca. 100 Betten pro Heim
- Aufnahmebedingungen
 - Stufe 4 setzt sich vermehrt als Mindestpflegestufe für stationäre Betreuung durch
- Einzelzimmer/Doppelzimmer sind Standard

Finanzierungsstandards bei den Mobilen Diensten



- Fixe klientenbezogene Förderung
 - Bsp.: Burgenland, Steiermark Zuschuss zu Stundensätzen
- Vom Einkommen und dem sozialen Umfeld abhängige klientenbezogene Förderung
 - Bsp.: Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Wien
- Strukturförderung an Träger
 - Bsp.: Vorarlberg



Fazit Standards und Strukturen

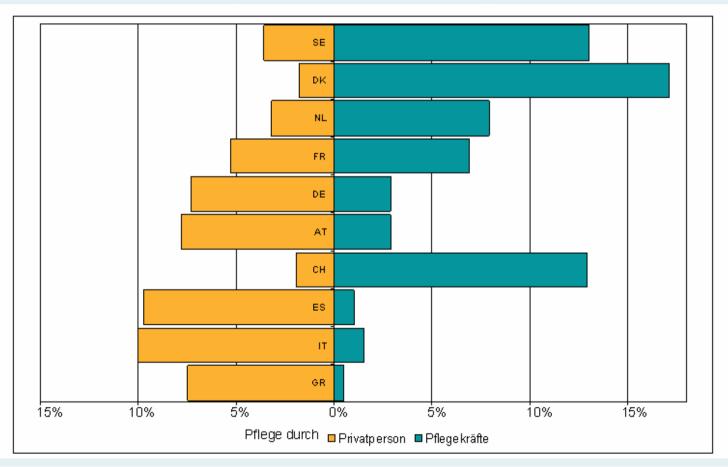
Pflege ist Landeskompetenz

- Unterschiedliche Regelungen bzgl. Strukturen und Standards in den Bundesländern
- Kein einheitliches Leistungsniveau, keine einheitlichen Leistungsstandards, unterschiedliche Betreiberstrukturen
- Keine einheitliche Leistungsstatistik



Pflegepersonal

Große Bedeutung informeller Pflege in Österreich:



www.kdz.or.at

Quelle: Haberkern, Szydlik, 2008, KDZ-Darstellung

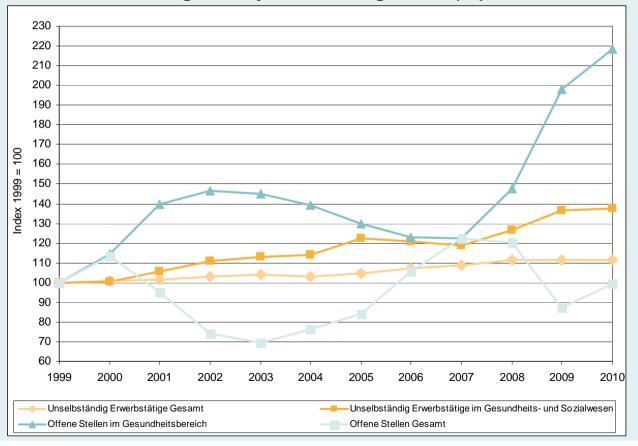
Peter Biwald 31. Mai 2011 · Seite 10



Pflegepersonal

Im Fachdiskurs keine Einigkeit darüber, ob Pflegekräftemangel vorherrscht

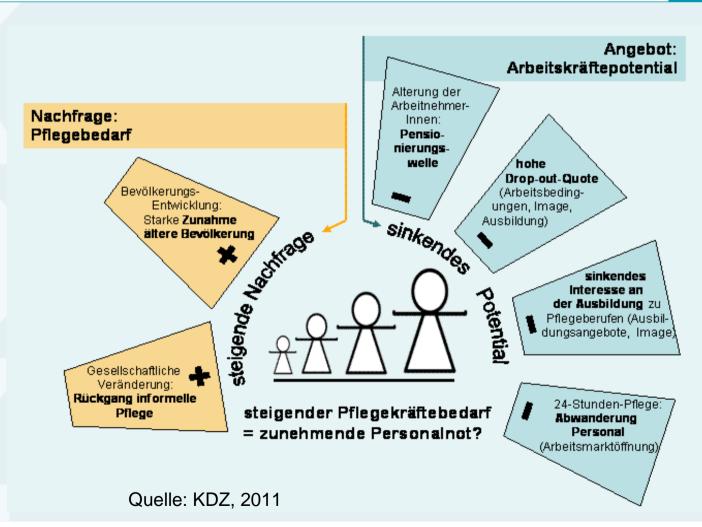
- Fachkräftemangel wird jedenfalls eingeräumt (Diplomiertes Personal)



Quelle: AMS; Statistik Austria; KDZ-Darstellung 2011

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGS FORSCHUNG

Pflegepersonal



www.kdz.or.at

Peter Biwald 31. Mai 2011 · Seite 12

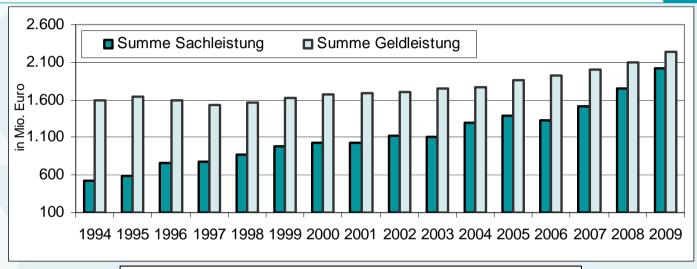


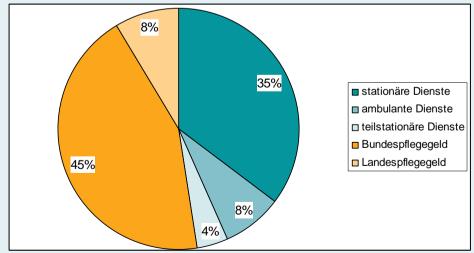
Finanzierung – 3 Säulen

- Eigenleistung
- Pflegegeld
- Sozialhilfe
 - Subsidiaritätsprinzip
 - "Hilfe nur für den Fall, (…) dass sich SozialhilfeempfängerInnen zum einen nicht mehr selbst helfen können und zum anderen auch keine Absicherung durch die Familie mehr möglich ist."

Finanzierung – Geldleistung vs. Sachleistung



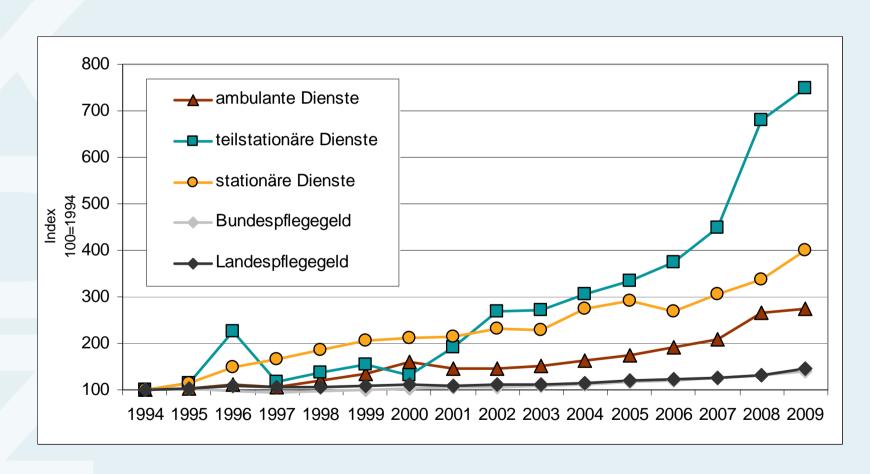




Quelle: BMASK, WIFO, KDZ-eigene Berechnungen 2011

Finanzierung – Entwicklung Ausgaben nach Leistungsarten





Quelle: BMASK, WIFO, KDZ-eigene Berechnungen 2011

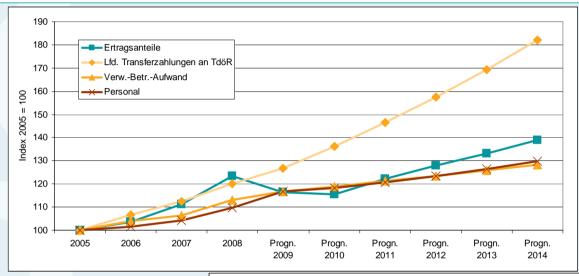
Finanzierung – Zwischenfazit I



- Finanzierung der Leistung grundsätzlich durch Leistungsempfänger
 - Unterstützung durch Pflegegeld
 - Grenze der finanziellen Belastbarkeit überschritten -Sozialhilfe
- Sachleistungen gewinnen an Bedeutung
 - Angehörigenregresspflicht abgeschafft
 - Pflegegeld nur gering valorisiert
 - Aus Geldleistungen werden Sachleistungen
- Stärkere Belastung der Länder und Gemeinden
 - Geldleistung wird großteils vom Bund erbracht
 - Sozialhilfe/Sachleistung ist von den Ländern und Gemeinden zu finanzieren

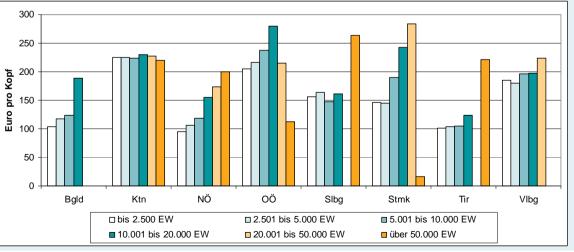
Finanzierung – Umlagenbelastung der österr. Gemeinden





Quelle: Statistik Austria 2010, KDZ-Berechnungen 2011

Sozialhilfe-Transfers Gemeinden 2009



Finanzierung – Leistungen der Länder

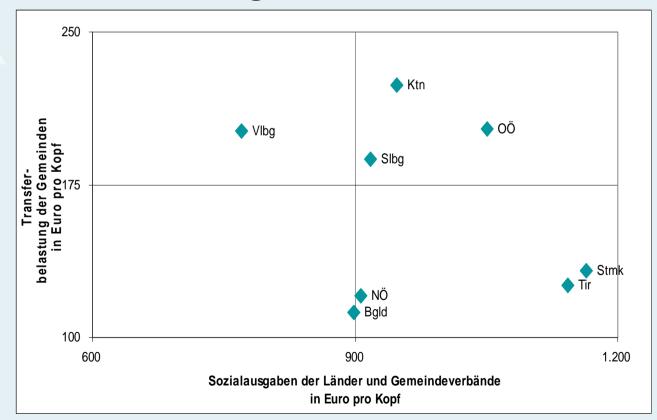


- Rolle der Länder grundsätzlich Aufgabenverantwortung
 - Transferzahler in Bundesländern mit flächendeckenden Sozialhilfeverbänden (Oberösterreich, Steiermark) – jedoch Planung, Genehmigung, Steuerung bei Ländern
 - Leistungsfinanzierer (Burgenland, Niederösterreich, Vorarlberg)
 - Gemischte Rolle (Kärnten, Salzburg, Tirol)
- Höhe der Sozialausgaben in Bundesländern bei rund 900 Euro pro EW
 - In Tirol und der Steiermark etwas h\u00f6her
 Rund 1.150 Euro pro EW
 - In Vorarlberg relativ niedrig
 Rund 780 Euro pro EW

Finanzierung – Leistungen der Länder



Sozialausgaben in den Bundesländern und Transferbelastung der Gemeinden



www.kdz.or.at

Peter Biwald 31. Mai 2011 · Seite 19

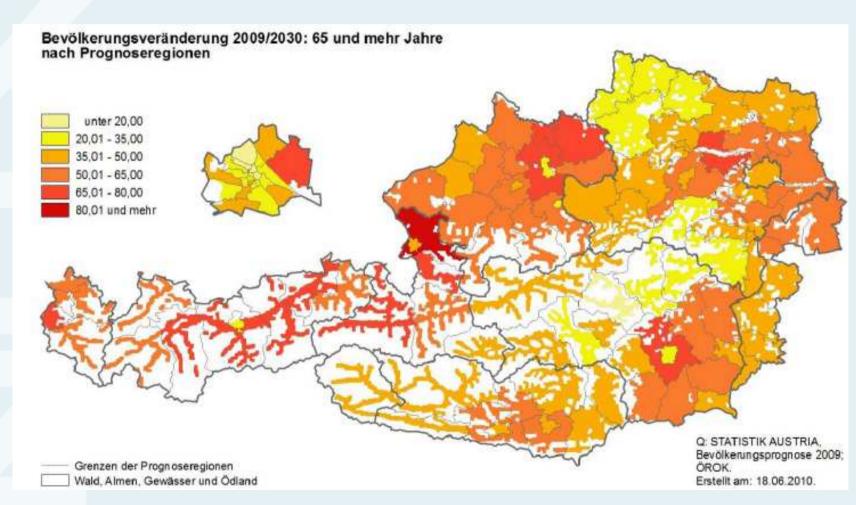
Finanzierung – Zwischenfazit II



- Steigende Sozialtransfers belasten die Städte
 - Große Städte sind am stärksten belastet
 - Zusammenhang mit steigender Sachleistungsfinanzierung/Sozialhilfe
 - Genauer Anteil der Pflegekosten kann nicht nachgewiesen werden
- Direkte Pflegeleistungen der Städte
 - Nicht flächendeckend
 - Vor allem durch die Gemeinden in Salzburg und Tirol
 - Sowie durch die großen Städte in Oberösterreich, Graz und St. Pölten
- Keine großen Unterschiede bei den Sozialausgaben in den Bundesländern
 - Tendenziell höher in der Steiermark und in Tirol
 - Tendenziell niedriger in Vorarlberg
 - Transferbelastung der Städte zwischen den Bundesländern unterschiedlich hoch
 - Besonders hohe Belastung in Kärnten, Vorarlberg und Oberösterreich
 - Besonders geringe Belastung in Niederösterreich, Tirol und der Steiermark

Nachfrageentwicklung und Finanzierungsbedarf



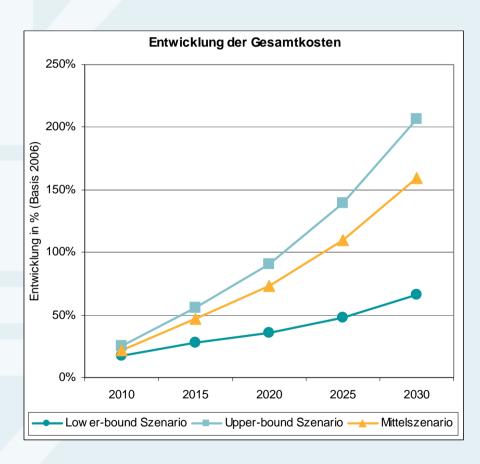


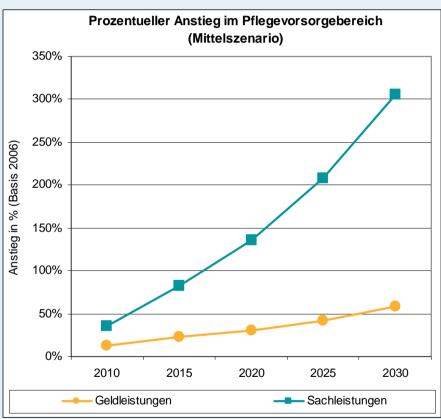
www.kdz.or.at

Peter Biwald 31. Mai 2011 · Seite 21

Nachfrageentwicklung und Finanzierungsbedarf







Quelle: Mühlberger, Knittler, Guger, 2008

Reformoptionen – Pflegefonds



- Reform der Pflegegeldverwaltung
- Bund beteiligt sich an der Sachleistungsfinanzierung
 - Finanzielle Entlastung der Länder und Gemeinden

685 Mio. Euro bis 2014

Zu 2/3 vom Bund finanziert; 1/3 finanzieren Länder und Gemeinden

Städte und Gemeinden profitieren insgesamt netto von max. 1/3 der zusätzlichen Einnahmen

- Pflegestatistik?
- Transferbeziehungen?

Reformoptionen – Systemreform nach internationalen Beispielen



- Pflegeversicherung (Modell Deutschland)
 - Pflichtversicherung (ähnlich der Sozialversicherung)
 - Im Anspruchsfall Geldleistungen ähnlich unserem Pflegegeld + im Bedarfsfall Sozialhilfe
 - Sachleistungen werden nicht direkt finanziert
- Integration der Pflege ins Gesundheitswesen (Modell Niederlande)
 - Pflege als "Krankheit" (z.B. im ASVG)
 - Finanzierung von Sachleistungen für Bedürftige
 - Wettbewerb zwischen Leistungsanbietern möglich
 - Pflege als Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge (Modell Dänemark)
 - Gemeinden für Finanzierung und Erbringung der Pflege zuständig
 - steuerfinanziert (aus Einkommensteuer)

Reformoptionen – Finanzierungsreform



- Aufgabenorientierte Transferentflechtung
 - Pflege als Aufgabe der Länder (Finanzierung + Erbringung)
 - Im Gegenzug:

Kinderbetreuung in Finanzierung und Erbringung Gemeindeaufgabe

Besserstellung der Länder im Finanzausgleich zur Kompensation

- Entlastung finanzstarker Gemeinden
 - Leistungen werden von finanzstarken Gemeinden oft direkt erbracht

Verteilung der Umlagen nicht nach Finanzkraft sondern pro Kopf

Reformoptionen – Organisation und Standards



- Mehr Einfluss der Gemeinden bei der Bedarfsplanung
 - "Wer zahlt schafft an"
 - Planungskompetenz an jener Stelle die den größten Überblick über die Bedarfsentwicklung hat
 - vor allem größere Städte können wichtige Inputs liefern
- Einheitliche Leistungsstandards in den Bundesländern
 - Einheitliche Versorgungsqualität (Mindeststandards)
- Schaffen einer transparenten Datenbasis
 - Benchmarking ermöglichen

Reformoptionen – Valorisierung des Pflegegeldes



- In den letzten Jahren nicht ausreichend
- Sachleistungen haben zugenommen
- Erhöhung des Pflegegeldes würde ebenfalls Entlastung für die Länder und Gemeinden bringen
- Treffsicherheit?

Reformoptionen – Systemübergreifende Reformoptionen



- Integrierte Versorgungsformen
 - Case-Management
 - Care-Management
- Professionalisierung der Pflege
 - Ausbildungsoffensive
 - Aufwertung des Pflegeberufs
- Förderung der informellen Pflege



Fazit

- Nachfrage nach Pflege wird künftig steigen
 - Demografische Entwicklung
 - Rückgang informeller Pflege
- Welche Leistungen kann die öffentliche Hand bieten?
 - Pflegegeld + Sozialhilfe?
 - Versicherungsleistung?
 - Freier Zugang zur Pflege für alle BürgerInnen (steuerfinanziert)?
- Sicherstellen der Finanzierung dieser Leistungen
 - Verbreiterung der Finanzierungsbasis
 Pflegefonds, zusätzliche Steuermittel, Pflegeversicherung
- Implementieren eines effizienten Steuerungssystems
 - Steuerungsinformationen bereitstellen (Pflegestatistik)
 - Transparente und abgestimmte Bedarfspläne
 - Kompetenz- und Transferentfelchtung



Vielen Dank - Ihr KDZ-Team

KDZ Zentrum für Verwaltungsforschung, Guglgasse 13, 1110 Wien

www.kdz.or.at



Mag. Peter Biwald 01/8923492-15, Fax – 20 <u>biwald@kdz.or.at</u>



DI Nikola Hochholdinger 01/8923492-26 hochholdinger@kdz.or.at



Mag. Manuel Köfel 01/8923492-38 koefel@kdz.or.at

MitarbeiterInnen:

- Marcel Genegel
- Anita Haindl